



Abwrackprämien für Krankenhäuser

Regionale Krankenhäuser bald nur noch für Erstversorgung

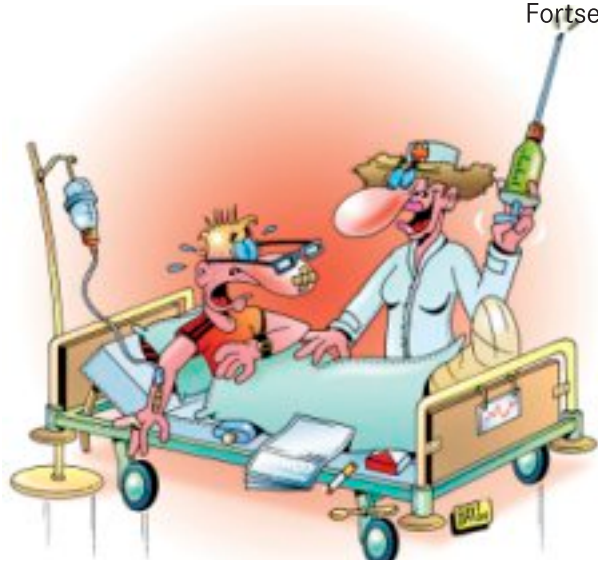
Am 1. Januar 2016 tritt das Krankenhausstrukturgesetz (KHS) in Kraft. Zu Recht hatten die Krankenhäuser der Region mit einer Zeitungsanzeige als Offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten appelliert, dieses Gesetz zu stoppen.

Nach jahrelangem Katastrophengerede über angebliche „Kostenexplosion“ und „Qualitätsprobleme“ soll das KHS jetzt den Umbau der Krankenhauslandschaft vollziehen.

Kern des Gesetzes ist eine Finanzierung der Krankenhäuser nach

Qualitätskriterien. Welche Qualität das sein sollen, ist nicht bekannt. Die zum Schein geführte Qualitätsdiskussion wird einen knallharten Verdrängungswettbewerb weiter anheizen, um letztlich Krankenhäuser abzuschalten, so ist es zu befürchten. Die übriggebliebenen Häuser könnten auf sogenannte „Portalkliniken“ mit geringer Bettenzahl heruntergekürzt werden. Ihnen würde nur noch stationäre Basis- und Notversorgung zugestanden. Was sich in der Patientenversorgung rechnet, fände dann vor allem im Uniklinikum statt.

Fortsetzung Seite 4



© Stefan Bayer / pixelio.de

Baesweiler

eine ganz besondere Stadt



Vieles läuft hier in Baesweiler etwas anders als in den Nachbarkommunen.

Aber es läuft ja, werden sicher viele sagen... Positionen, die im Rat von den Fraktionen kontrovers diskutiert werden, finden in Baesweiler beispielsweise nur selten den Weg in die Öffentlichkeit. Unter anderem trifft das auf Anträge und Hinweise

der Opposition zu, welche bei allen auf Interesse stoßen. Diese werden dann als "Vorschlag aus dem Ausschuss" publiziert. So konnte auch nicht nach außen dringen, dass Folgendes ein Vorschlag der LINKEN war:

Ich wies im Verkehrs- und Umweltausschuss darauf hin, dass am Wochenende viele Bürgerinnen und Bürger Arbeiten in ihren Gärten verrichten und somit entsprechend große Mengen an Grünschnitt anfallen, die jedoch



© FotoCredit: Jakob Huber - creative commons licence

Demoteilnehmer_innen 10. Oktober 2015 in Berlin

TTIP & Co wirken fatal auf den Sozialstaat

Handelsverträge beeinflussen durch steigenden Wettbewerbsdruck auch Bereiche, über die gar nicht verhandelt wird. Es werden Finanzierungsmöglichkeiten ausgetrocknet, die weitere Privatisierungen erzwingen.

Es wird zu viel über die Risiken von TTIP geredet, sagt Hubertus Heil, Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion. "Es soll ein Win-Win-Abkommen werden", so die Bundeskanzlerin. „Eine zusätzliche Möglichkeit, Wohlstand zu halten.“ Schauen wir genau

hin: In welchem Kontext agiert Handelspolitik? TTIP & Co treiben marktliberale Handelspolitik voran, sie fördern die Freiheit von Investoren.

Private Investoren haben in den letzten Jahren gigantische Vermögen angehäuft. Diese Entwicklung wurde stark begünstigt durch den international wirkenden Steuerunterbietungswettbewerb und den Verzicht auf eine stärkere Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und großen Einkommen.

Fortsetzung Seite 5

montags nicht entsorgt werden könnten. Meiner Empfehlung, die Öffnungszeiten des Recyclinghofs dahingehend zu ändern, Montags zu öffnen und hierfür einen anderen Tag zu schließen, fiel bei allen auf fruchtbaren Boden. Die Verwaltung ließ verlauten, man würde diesen Vorschlag "mitnehmen". Mal sehen, was draus wird.....

Ein wichtiger Ansatz für DIE LINKE in Baesweiler besteht darin, die Bürgerinnen und Bürger mehr in die politischen Entscheidungen mit einzubeziehen. Nicht Bürgerinformation mit scheinbarer Beteiligung, sondern eine direkte und aktive Mitbestimmung muss das

Ziel sein! Ein Beispiel hierfür stellt die Umgestaltung des Volksparks in Baesweiler dar. Dieser wurde tatsächlich lange nicht ausreichend gepflegt, und der Sturm im Jahr 2014 hat vielen Bäumen ebenfalls stark zugesetzt. Nun soll der Park umgestaltet werden. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, mit denen wir gesprochen haben, wünscht sich, dass der Park in seinen Grundzügen so bleibt, wie sie ihn aus ihren Kinder- und Jugendtagen kennen. Hier wäre eine direkte und echte Zusammenarbeit mit den Anwohnern sicher das beste Konzept.

Fortsetzung Seite 8



DIE LINKE und der Radschnellweg

Des Öfteren wird unserer Fraktion folgende Frage gestellt:

„Warum unterstützt Ihr nicht offensiv das Projekt eines geplanten Radschnellwegs zwischen Aachen und Herzogenrath? Dabei fordert Ihr doch selbst immer den Ausbau eines umweltfreundlichen Verkehrsangebots.“

Nachfolgend möchte ich einige unserer Argumente anhand eines Fragenkatalogs erläutern:

Worum geht es? Das Land NRW hatte in 2013 entschieden, den Bau von fünf Radschnellwegen als Modellprojekte zu fördern. Diese unterscheiden sich von herkömmlichen Radwegen dadurch, dass sie breiter und möglichst kreuzungsfrei sind. Zudem soll es einen Winterdienst geben wie auf Hauptstraßen.

Wo soll gebaut werden? Einer der Sieger des landesweiten Wettbewerbs um eine Förderung der Modellprojekte war die Städteregion, die einen Radschnellweg zwischen dem Aachener Ponttor über Laurensberg, Richterich und Kohlscheid nach Herzogenrath bauen will. Des Weiteren ist eine Abzweigung nach Heerlen (NL) geplant.

Wieviel soll es kosten und wer bezahlt es? Grob rechnet man mit Kosten von einer Millionen € pro km, das ist einerseits deutlich weniger als z.B. für eine Bundesstraße oder eine Autobahn, aber immer noch eine stolze Summe. Das Land NRW will 80%

aller Bau- und Planungskosten übernehmen. In der mittelfristigen Finanzplanung tauchen die Gelder allerdings noch nicht auf. Zudem muss man wissen, dass NRW für den Radverkehr im Jahr gerade mal 9,4 Mio. € ausgeben will. Die restlichen 20% sollen die beteiligten Kommunen stemmen, also Aachen, Herzogenrath und die Städteregion, die im Prinzip von allen Mitgliedskommunen finanziert wird.

Was soll es bringen? Das Land NRW und die Städteregion hoffen auf einen massenhaften Umstieg vom Auto auf das Rad. Das fänden wir natürlich auch sinnvoll, zweifeln aber mit Recht die prognostizierten Nutzer- und Umsteigerzahlen, die im fünfstelligen Bereich liegen, an. Außerdem ist es nicht so, dass es bisher überhaupt keine Radwege gibt. Es gibt nun mal für längere Strecken per Rad gewisse Nutzungshemmnisse (z.B. die Witterung).

Wer entscheidet? Ohne das Votum der jeweiligen Ratsvertretungen wird es keinen Radschnellweg geben. Angesichts des erwachten Bürgerinteresses an Verkehrsprojekten hat sich die Städteregion für eine Einbeziehung der Einwohner entschieden. Wir müssen aber abwarten, ob die eingebrachten Vorschläge wirklich Berücksichtigung finden werden. Jedenfalls ist der Zeitpunkt der Entscheidung bereits verschoben worden. Nicht mehr in 2015, sondern im Sommer 2016 soll die Politik entscheiden.

Was stört uns? Neben den bereits genannten zweifelhaften Nutzerzahlen und der unklaren Finanzierung haben wir Linke vor allem Bedenken hinsichtlich des Landschaftseingriffes. So würde beispielsweise ein Radschnellweg entlang der DB-Strecke zwischen Pannesheide und Herzogenrath erhebliche Baumaßnahmen zu Lasten der Natur erfordern.

Prinzipiell gibt es gegen eine Ausweitung des Radverkehrs nichts einzuwenden. Weniger Abgase, weniger Lärm und weniger Ressourcenverbrauch sind unerlässlich. Aber ist dies nicht auch auf anderem Wege erreichbar? In der gesamten Städteregion befinden



sich viele Radwege in einem schlechten Zustand. Ein zusammenhängendes Netz von Radrouten existiert für Pendler bisher kaum. Hierfür braucht die Region ein nachhaltiges Konzept z.B. wie in Nijmegen (NL). Ob das Modellprojekt Radschnellweg ein Einstieg dazu ist, darf zum jetzigen Stand der Dinge aber bezweifelt werden.

Harald Siepmann,

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag



Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag auf Exkursion auf dem RijnWaalPad in Nijmegen (NL)

Das Redaktionsteam und die Austeiler der WIR bedanken sich bei unseren Leserinnen und Leser für das entgegengebrachte Vertrauen. Wir wünschen allen ein Frohes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr 2016

© Andreas Hermsdorf / pixelio.de

WIR



Bestellschein an: Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Haus der Städteregion • Zollernstraße 16 • 52070 Aachen

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag erhalten. Bitte schicken Sie "WIR in der Städteregion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5198 3305

Impressum:

WIR in der Städteregion
Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen
e-mail:
wir-redaktion@dielinke-aachen.de
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de
postalisch:
Fraktion DIE LINKE im
StädteRegionstag
Haus der Städteregion, Zollernstraße 16
52070 Aachen
Redaktion
Harald Siepmann (zugleich v.i.S.d.P.),
Robert Boltz, Albert Borchardt,
Hans Janosch, Marika Jungblut,
Dirk Makowski, Gabi Halili
Layout
Lasse Klopstein, Albert Borchardt
Fotos:

www.pixelio.de, wikimedia commons,
Archiv Linksfraktionen AC, Archiv KV
Städteregion Aachen, Archiv DIE LINKE
NRW
Namentlich gekennzeichnete Artikel
geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.
Druck
Euregio-Druck, 52068 Aachen,
Dresdener Straße 3
Auflage
40.000
Dank an alle, die das Erscheinen
dieser Ausgabe möglich gemacht
haben, und Dank auch an alle, die sie
in die Welt hinaus tragen.
Ihr seid toll.
Nächste Ausgabe: Frühjahr 2016
Redaktionsschluss März 2016

GLOSSE

Es war einmal...

Es war einmal ein wichtiger Präsident, der jedes Jahr sehr großzügig Gelder an seine untergebenen Kommunen verteilte. Leider begab es sich dann aber, dass ihm nach fünf Jahren - oh Wunder - wer hätte das auch ahnen können - die Gelder ausgingen, und die Kommunen von nun an sparsamer sein sollten. Alsdann zürnten ihm die Bürgermeister der Kommunen und forderten direkt vom Präsidenten, doch auch bei sich selbst zu sparen.



© bschpic / pixello.de

Präsident auch allen freundlich dankte.

Bei sich selbst zu sparen gefiel dem Präsidenten natürlich gar nicht, so dass er lieber alle seine Mitarbeiter, und es waren viele an der Zahl, aufforderte, ihm schnellstmöglich sinnvolle Sparvorschläge ihre eigene Arbeit betreffend, zu unterbreiten. Drei Monate später, die Mitarbeiter waren bis auf einige wenige sehr fleißig gewesen, gab es schon sehr viele Vorschläge, für die der

Wer nun aber dachte, dass jetzt auch alle Mitarbeiter weiter miteinbezogen wurden, oder gar die Bürgerinnen und Bürger, der wurde eines Besseren belehrt. Fortan nämlich wurde vom Präsidenten und seinen führenden Köpfen weiter hinter verschlossenen Türen beraten. Sechs Monate später stellte der stolze Präsident dann die Sammlung der wichtigsten Sparvor-

schläge in Millionenhöhe auch der breiten Öffentlichkeit und, nicht zu vergessen, den allesamt erfreuten Bürgermeistern sowie zu guter Letzt der Politik vor.

Die Politiker aber wollten diese Sparvorschläge nicht tatenlos abnicken und vereinten sich nun ihrerseits, um darüber zu beraten, natürlich, wie hätte es auch anders sein sollen, wieder hinter verschlossenen Türen und nur mit den führenden Köpfen. Dabei wurden sogar Gegner zu Verbündeten, sehr zum Wohlgefallen ihres Präsidenten. Trotz Sommerferien - bereits drei Monate später präsentierten auch sie dem Präsidenten und der Öffentlichkeit ihre überarbeiteten und selbstverständlich viel besseren Sparvorschläge.

Wer nun aber glaubt alle Politiker wollten dem Präsidenten gefallen, der täuscht sich, denn eine kleine abtrünnige Gruppe - gleich einem

bekanntes kleines gallisches Dorf - spielte nicht mit und musste sich fortan als „Rächer der Entrechteten“ betiteln lassen. Die kleine Gruppe war doch tatsächlich der Meinung, dass die einzusparenden Millionen auf wackeligen Füßen stehen und viele zu Lasten des so hilfreichen Personals gehen.

Als es dann schlussendlich zur Abstimmung der gesammelten überarbeiteten Sparvorschläge kam, blieb die kleine Gruppe - trotz Spott und Kritik - bei ihrer Ablehnung und wird auch zukünftig - gleich dem tapferen gallischen Dorf - weiter gegen den Sparkurs der verbündeten Politiker und des großen Präsidenten ankämpfen.



© sanjos / pixello.de

Nohay Dinero,
Bürger

Nah dran am Bürger

Aktiv in der Bezirksvertretung Laurensberg



Knapp einhalb Jahre als Bezirksvertreter in Aachen Laurensberg - Zeit um über diese Tätigkeit zu berichten

und zu reflektieren. Der Stadtteil Laurensberg besteht aus „Alt Laurensberg“ auf der einen Seite und Kullen, Steppenbergr, Vaalserquartier, Lemiers, Soers, Orsbach auf der anderen. Dar aus ist schon ersichtlich, dass der weitaus größte Teil der Bevölkerung nicht im alten Ortsteil Laurensberg, sondern sogar ziemlich weit entfernt lebt.

Natürlich mache ich die Arbeit wie jede(r) Bezirksvertreter(in): Sitzungen, Diskussionen, Haushalt beschließen, das Viertel „durchstreifen“, Schwierigkeiten erkennen, Kontakte mit den Bürgerinnen und Bürgern knüpfen, Zuhören, bei Problemen Lösungen suchen und anstreben, auch finanzielle Unterstützung den Schulen und Vereinen aus den sogenannten bezirklichen Mitteln geben (gerecht und sozial).

Als einziges der LINKEN angehörenden Bezirksvertretungsmitglied ist das schon aufregend und nicht einfach. Meinen Schwerpunkt sehe ich in der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die politische Willensbildung, mehr noch, dass sie selbst aktiv werden.

Ein Beispiel stellt der Kreuzungsbereich Schurzelter Straße/Süsterfeldstr. dar. Die Anwohner beklagen gefährliche Situationen durch zu schnelles Fahren, fehlende Straßenmarkierungen, fehlende oder zu schmale Gehwege, abruptes Ende eines Fahrradweges usw. Die Anwohner fühlen sich zu recht als die schwächeren oder gar gefährdeten Verkehrsteilnehmer. Besonders für Kinder gilt dies. Seit Jahren soll der gesamte Bereich durch den Bau eines Kreisverkehrs sicherer werden. Mindestens zwei frühere Bezirksvertretungen sind aber in dieser Frage nicht wesentlich weiter gekommen, die Sache dauert und dauert...

Zunächst einmal habe ich die vergangenen Versuche aufgelistet, die Anwohner informiert und zu einer Ortsbegehung eingeladen. Über zwanzig Menschen nahmen

Wandel im Verständnis des Verhältnisses vom Staat zum Bürger

Ein Kommentar von Gabi Halili und Andreas Dittrich

Eine Verwaltung muss dem Menschen dienen und nicht der Mensch der Verwaltung.

Dies könnte geschehen durch einen persönlichen Ansprechpartner, welcher tatsächlich kundenorientiert arbeitet und den Menschen sich nicht verlieren lässt, zwischen den zahlreichen verschiedenen Sozial- und Verwaltungssystemen.

Die Verwaltung und die dort tätigen Menschen sollen den Bürgern durch die vielen unklaren Vorgänge im sozial- und Verwaltungsregelwerk führen und betreuen. Nach der Devise „alles aus einer Hand“, so muss sich eine moderne strukturell neu orientierte

Verwaltung präsentieren. Dieses System hätte eine enorme kosten- und zeitsparende Wirkung. Denn schon aufgrund der vielen bürokratischen An- und Verweisungen an all die zahlreichen weiteren Stationen würden die Bürger nebst Verwaltung erheblich entlastet.

Empfehlung: Essay, Die neoliberale Domestizierung der sozialen Arbeit von Matthias Heintz, im Internet unter: nachenkseiten.de. Die empfohlene Quelle macht grundsätzlich einen „Rundumschlag“ vom Sparzwang über Privatisierung, Ökonomisierung und damit bis hin zu unserem neoliberalen Zeitalter.

teil. Deren Anregungen habe ich zum Teil als Anträge in die Bezirksvertretung (BV) eingebracht. Die Anwohner verfolgen die Arbeit der BV diesbezüglich interessiert und kritisch. Die Einwohnerfragestunde wird lebhaft genutzt.

Ein weiterer Antrag beinhaltete, eine Sitzung der BV im Ortsteil

Kullen/Vaalserquartier abzuhalten, weil dort die meisten Menschen des Stadtviertels leben (auch viele mit Migrationshintergrund!) und dafür nicht extra über drei Kilometer nach Alt-Laurensberg reisen müssten, was mit dem Busverkehr ziemlich unständig und zeitraubend ist.

Fortsetzung Seite 8



Fortsetzung

Krankenhausstrukturgesetz (KHS) ab 1. Januar 2016:

Abwrackprämien für Krankenhäuser - regionale Krankenhäuser bald nur noch für Erstversorgung (sogenannte „untere Versorgungsstufe“)?

Die für die sogenannte „Krankenhausreform“ veranschlagten Milliarden Euro Steuermittel und Versichertenbeiträge werden gegebenenfalls als Abwrackprämie für Schließungen gezahlt.

Bereits die Umstellung der Finanzierung von Krankenhausleistungen durch Fallpauschalen hat dafür gesorgt, dass solche Krankenhäuser am erfolgreichsten sind, die möglichst „schwere Fälle“ in möglichst kurzer Zeit mit möglichst wenig Personal bei hoher Geräteauslastung behandeln – ein unverantwortliches und teures Flächenexperiment.

Deutschland ist bezüglich lukrativer Operationen inzwischen weltweit führend. Innerhalb von fünf Jahren wurden Gelenkspiegelungen und Knieprothesen um 20 Prozent erhöht, die Zahl der Wirbelsäulenoperationen und Hüftprothesen verdoppelt.

Bandscheibenoperationen stellen die fünffache Menge dessen dar, was in

anderen europäischen Ländern an Operationen vorgenommen wird.

Der gesetzlichen Verpflichtung auf Finanzierung der „Hardware“ (Investitionskosten für Baumaßnahmen, Modernisierung und Ausstattung) sind die Länder in den letzten Jahren immer weniger nachgekommen. Lag der Anteil der Investitionskostenfinanzierung durch die Länder gegenüber den Betriebskosten Anfang der 70er Jahre noch bei 25%, so liegt er gegenwärtig bei nur noch 4%. Daher sind die meisten Häuser dazu gezwungen, erforderliche Investitionen auch aus den Betriebsmitteln für Krankenversorgung und/ oder durch Kredite zu finanzieren. Dies erklärt den vielfach massiven Personalabbau und wachsendes Outsourcing von Betriebsteilen. Die Personalsituation wird auf Verschleiß gefahren, was teilweise alarmierende Krankenzuständen belegen, sowie Hygienemängel aufgrund von Personalmangel (u.a. das Problem „multi-resistenter Keime“).

Eine grundsätzliche Abkehr von der Vorstellung, dass ein Krankenhaus

sich nach Prinzipien von Markt und Wettbewerb rechnen muss tut not. „Die ökonomische Betrachtung und die Behandlung der Fürsorge der Menschen im Krankheitsfall unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ist verfassungswidrig“ stellt Professor Dr. Dr. hc. Siegfried Broß in seinem Vortrag anlässlich einer Veranstaltung klar.

Eine echte „Krankenhausreform“ wäre, den Druck aus den Krankenhäusern rauszunehmen. „Sprudelnde Steuereinnahmen bescheren dem Staat Milliarden Überschuss“ hieß es in den Medien im Sommer. Mit Strukturfonds für notwendige Investitionen, regionale Budgets und regionale

Steuerung (Gewerkschaftsforderung seit fast 30 Jahren) wären die Überschüsse bestens angelegt.

Das Recht für PatientInnen zur Krankenhauswahl muss bleiben. Wir werden die Bevölkerung beim Kampf um ihr regionales Krankenhaus unterstützen. Qualitätskriterien zum Wohle der Einwohnerbevölkerung ist eine bedarfsorientierte Steuerung, die unter anderem Umweltprobleme, soziale Brennpunkte, sozialkulturelle Faktoren mitberücksichtigt.

Helga Ebel,

Mitglied des Städtereionstags Aachen und dort gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE



Fakten zur Asyl- und Flüchtlingspolitik

Kriege, politische Unsicherheiten, wirtschaftliche Not oder Perspektivlosigkeit - es gibt viele Gründe warum Menschen fliehen. Eines ist ihnen gemein: Niemand verlässt freiwillig seine Heimat, seine Familie, seine Freundinnen und Freunde...

Wer gilt als Flüchtling? Wer als Asylbewerber?

Das Völkerrecht zieht eine klare Trennlinie: Menschen, die zur Flucht gezwungen sind, werden als "Flüchtlinge" bezeichnet. Menschen, die aus eigenem Antrieb ihr Land verlassen, gelten als "Migranten". Menschen, die einen Asylantrag gestellt haben, über den noch nicht entschieden wurde, werden als "Asylbewerber" bezeichnet.

Warum fliehen gerade jetzt so viele Menschen?

Ein wesentlicher Grund für den Anstieg ist der Bürgerkrieg in Syrien, der im fünften Jahr tobt. Dass die Menschen gerade jetzt massenweise nach Europa fliehen, erklärt die Sprecherin des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR), Karolin Eberle, so: "Nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges wollten die Flüchtlinge so schnell wie möglich in ihre Heimat zurückkehren." Inzwischen hätten die Menschen aber die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr verloren. Zumal das Ausmaß der Zerstörung immer schlimmer wird. Das Assad-Regime bombardiert Zivilisten aus der Luft mit Fassbomben, und der "Islamische Staat" hat eine Terrorherrschaft aufgebaut, die auch viele Iraker zur Flucht zwingt.

Millionen Einwohner. Nach den aktuellsten Zahlen der UN gibt es allein innerhalb Syriens 7,6 Millionen Binnenflüchtlinge. Mittlerweile sind mehr als vier Millionen Syrer ins Ausland geflohen - die meisten davon in die Nachbarstaaten. 1,8 Millionen flohen in die Türkei, 1,1 Millionen in den Libanon. Die jordanische Regierung schätzt, dass in ihrem Land mittlerweile 1,4 Millionen syrische Flüchtlinge leben.

"In unserer Generation ist dies der Einzelkonflikt, der die meisten Flüchtlinge verursacht hat", sagte UN-Flüchtlingskommissar Antonio Guterres. "Sie bräuchten dringend den Beistand der Welt, versinken aber immer tiefer in Armut und Elend." Innerhalb von zehn Monaten sei die Zahl der geflüchteten Syrer um eine Million angewachsen, so Guterres.



Quelle: Deutsche Fotothek

Der Exodus aus Syrien

Vor dem Krieg hatte Syrien 23

Fortsetzung Seite 5



Fortsetzung:

TTIP & Co wirken fatal auf den Sozialstaat

von Uwe Wötzel - Gewerkschaftsekretär im Bereich Politik und Planung der ver.di-Bundesverwaltung

Gleichzeitig wurde der Spielraum

für öffentliche Unternehmen und öffentliche Investitionen bedingt durch fehlende Steuereinnahmen reduziert.

Sogenannte Schuldenbremsen für öffentliche Gebietskörperschaften erschweren notwendige öffentliche Investitionen in die Infrastruktur und die Daseinsvorsorge. Diese politisch geförderte Entwicklung und der tatsächliche Bedarf an der Leistungsfähigkeit dieser Sektoren begünstigen nun sogenannte Öffentlich-Private-Partnerschaften mit entsprechenden Gewinnerwartungen. Investoren suchen nach neuen Anlagefeldern.

Besonders begehrt werden Anlagefelder in den Dienstleistungssektoren, die für Alltag der Menschen und für die Gesellschaft unverzichtbar sind, weil

sie quasi als unverzichtbare Dienstleistungen den privaten Investoren garantierte Einnahmehancen sichern.

Zu den Sektoren gehören insbesondere der Nahverkehr, der Gesundheitssektor, alle Bereiche der Sozialversicherungen, der umfassende Sektor für Ver- und Entsorgung mit Wasser, Strom, Gas und Wertstoffen.

Viele Dienstleistungen in diesen Bereichen werden in Deutschland traditionell von öffentlichen Unternehmen, Kommunalverbänden, Gebietskörperschaften, Fach- und Wirtschaftsverbänden der öffentlichen Wirtschaft erbracht. Wenn nun TTIP & Co uneingeschränkte Marktzugangspflichten schaffen, dann gefährden diese die Organisationshoheit der Gebietskörperschaften und die Vielfalt der Erbringungsformen. Zu diesen Gefahren gehören die



"TTIP und CETA stoppen - Für einen gerechten Welthandel!" © Foto www.attac.de

möglichen negativen Auswirkungen auf die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Übernimmt ein privater Investor die Erbringung dieser Leistungen, so erwartet er für seine Investitionen die marktübliche Rendite und das Recht, seine Gewinne grenzenlos zu transferieren. Dieser Umstand mindert die Wirtschaftskraft der öffentlichen Unternehmen und den politischen Gestaltungsraum der regionalen Gebietskörperschaften. Die Liberalisierung von ehemals öffentlichen Dienstleistungen hat für die Beschäftigten in diesen Sektoren übelste Folgen. Der Druck auf die Löhne nimmt zu, prekäre Arbeitsbedingungen weiten sich aus.

Armut wächst und große Teile der prekär Beschäftigten werden gezwungen zu Lasten der öffentlichen Haushalte aufstockende Sozialleistungen zur Sicherung ihrer Existenz in Anspruch zu neh-

men. Sehr anschaulich für diese negative Entwicklung ist der Sektor der Brief- und Paketzustellung. Mit der Liberalisierung und Privatisierung in diesem Bereich entstanden Tausende von schlecht bezahlten Minijobs. Ungünstige Ergebnisse erzeugen auch Liberalisierungen und Privatisierungen im Bereich der Sozialversicherungen. Zugunsten privater Investoren und zulasten der Beschäftigten wurden die Zweige der privaten Krankenversicherung, Krankenzusatzversicherung und privaten Altersvorsorge ausgebaut.

Was sind die Alternativen? Der gesamte Bereich der öffentlichen Dienstleistungen muss aus der Handelspolitik ausgenommen werden. Kommunen, Länder, Staaten und Europa brauchen für den Sozialstaat und seine Weiterentwicklung Gestaltungsraum.



"TTIP und CETA stoppen - Für einen gerechten Welthandel!" - ©www.no-ttip-koeln.de

Fortsetzung **Fakten zur Asyl- und Flüchtlingspolitik**

Der Bund könnte folgende Sofortmaßnahmen ohne Verzögerung verfügen:

- Schnell mehr Entscheiderinnen und Entscheider für das Bundesamt für Flucht und Migration ausbilden und einstellen. Damit kann eine kürzere Verfahrensdauer erreicht werden und Antragstellerinnen und Antragstellern bleibt monatelange Unsicherheit und Stress erspart.

- Bundesimmobilien unentgeltlich für Wohnzwecke zur Verfügung stellen. Statt auf Höchstpreise zu warten und Leerstand zu akzep-

tieren, entstünde hier Platz für die Unterbringung.

- Finanzielle Unterstützung der Kommunen. Der Bund muss die Kosten für die Unterbringung von den Kommunen übernehmen. Während sich viele Deutsche furchtbar über die Hilfe für Flüchtlinge aufregen, war kaum Empörung über die Milliarden aus der Bankenrettung zu spüren. Täter wurden für ihre Handlungen belohnt und Opfer sollen bestraft werden.

Albert Borchardt,

Vorsitzender der Fraktion

DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler

Veranstaltungshinweise

* Donnerstag, **03.12.2015** - um 18:30 Uhr:
"Hartz IV und das System Kapitalismus" mit Peter Nowak

* Donnerstag, **17.12.2015** - um 18:30 Uhr:
"Was ist Antikapitalismus von rechts?" mit Richard Gebhardt

Donnerstag, **13.01.2016** - um 18:30 Uhr:
"EU zwischen Weltmacht und Zerfall" mit Rainer Trampert

* Donnerstag, **02.02.2016** - um 18:30 Uhr:
"Ist die Schule ein Zuliefererbetrieb des Kapitalismus? - Bildung zwischen Anpassung und Aufbruch" mit Hans-Peter Waldrich

jeweils in der Kath. Fachhochschule NRW - Robert-Schuman-Straße 25, 52066 Aachen - Eintritt frei

Veranstalter: RL Club Aachen, Diskursiv, En Détail
 In Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW
 und * der Fraktion DIE LINKE im Städtereisestag

*Sein Blick ist vom Vorübergehn der Stäbe
so müd geworden, daß er nichts mehr hält.
Ihm ist, als ob es tausend Stäbe gäbe
und hinter tausend Stäben keine Welt. (...)*

*Nur manchmal schiebt der Vorhang der Pupille
sich lautlos auf -. Dann geht ein Bild hinein,
geht durch der Glieder angespannte Stille -
und hört im Herzen auf zu sein.*

*Rainer Maria Rilke
Der Panther
Im Jardin des Plantes, Paris*

Die LINKE hat Kunst Udo Rickelhoff – Surreales Kunstaussstellung (16.10.- 06.11.2015) „Bilder gegen Gewalt“

Bilder einer Ausstellung...

wer an Ravel, Mussorgsky oder Emerson, Lake und Palmer denkt liegt gar nicht so falsch, denn das „Erlebnis Kunst“ hinterlässt neues in unseren Köpfen: Musik, neue Bilder, Gedanken...

Kunst im Aachener Raum erlebbarer zu machen – dazu stellt die AG Kunst & Kultur der Partei DIE LINKE in der Städteregion Aachen seit einiger Zeit alle 2-3 Monate regionale Kunst im LINKEN ZENTRUM, Augustastr. 69, Aachen aus.

Einen Monat lang gibt es Werke zu sehen, und die Künstler beantworten an festen Terminen gerne Fragen vor Ort. Ziel und politischer Hintergrund ist neben dem Zugang zur Kunst für alle auch die Unterstützung der Künstler, weil Kreativität nicht von der Nachfrage geregelt werden darf. Ein kleiner Beitrag... aber andere mögen dem Beispiel folgen. Nächste Ausstellung: März 2016, Näheres hier oder in anderen regionalen Medien. -

Ein einstimmender Rückblick* auf die Ausstellung „Udo Rickelhoff, Surreales – Bilder gegen Gewalt“ 16.10. bis 6.11.: Gezeigt wurden zwei Werkgruppen: „Stäbe“, seit 2004 immer wieder überarbeitet, zeigt einen entfremdeten Blick auf die Welt. Zeitungsbilder sind dabei stets die Grundlage, die Udo Rickelhoff durch Abstraktion und Verfremdung zu einer neuen Aussage führt. Die übermalten Bilderstreifen (Stäbe) sind dekorativ, dabei nie oberflächlich, zeigen sie doch einen großen Abstand der in beiden Ebenen dargestellten Handlungen, zwischen denen der Betrachter „Spielraum“ hat, vielleicht als weitere Ebene dazukommt. Im Kontrast dazu: „RICKELHOFF 13-14“.

Bilder mit tanzenden Farben, Bewegungen der Freude, Ausdruck des Lebens, wie es sein sollte: bunt, fröhlich, unbeschwert, glücklich



in sich selbst... so, wie es leider all zu oft nicht ist: Nachrichten mit Gewalt, Katastrophen, Grausamkeiten, Unrecht machen Nachrichten über Schönes fast lächerlich. Schwarze Linien machen vordergründig Aussagen zu unaussprechlicher Gewalt, die unser Leben verdunkeln möchte, deren wir uns aber erwehren müssen. Szenarien des IS, des Faschismus, der Kriege, alles Dinge womit uns die Nachrichten ohnmächtig machen, bringt Kunst hier nach vorne: Gegen Gewalt und Krieg mit klaren Linien, klaren Farben und Formen, mit klaren Vorstellungen und dem Gefühl, wir können etwas bewirken.

• nach einer Textvorlage von Alexander Schäfer, näheres auf www.udo-rickelhoff.de

Andreas Becker

*Udo Rickelhoff – Werdegang
1961-1964 Studium WKS Aachen
(Innenarchitektur & Malerei)
1973-1976 Studium FH Aachen
(Produkt-Design & Malerei)
Udo Rickelhoff – Werdegang
1976-1982 Lehrauftrag FH Aachen
seit 1965 Einzel- und
Gemeinschaftsausstellungen
www.udo-rickelhoff.de*



Infos über die AG Kunst & Kultur der Partei DIE LINKE

(Kreisverband der Städteregion Aachen)

- Ausstellungen alle 2-3 Monate
- außer während der Ausstellungen trifft sich die AG freitags um 19 Uhr 30 im Linken Zentrum, Augustastraße 69
- zu den Treffen ist jeder Kunstinteressierte und Kunstschaffende, der uns bei den Ausstellungen unterstützen oder selbst ausstellen möchte, herzlich eingeladen.

Der SDS stellt sich vor

Wir vom SDS (Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband) Aachen haben uns erst im Mai dieses Jahres offiziell gegründet und sind eine stetig wachsende Gruppe junger, engagierter Studierender.

Viele von uns waren erschrocken darüber, wie unpolitisch die Hochschule war, und suchten nach einer Möglichkeit, selbst aktiv zu werden, um die Hochschule zu demokratisieren. Auf Widerstand seitens der Hochschule und des Studierendenwerks stießen wir unmittelbar, z.B. beim bloßen Verteilen von Flyern, mit denen wir auf hochschulpolitische Themen wie die Einführung einer Zivilklausel aufmerksam machen wollten.

Außerdem stellt sich die Hochschule quer, wenn es um den Zugang zu Räumen für politische Hochschulgruppen geht. Nichtsdestotrotz war unser erster Erfolg, dass seit diesem Sommer das erste Mal seit Jahren wieder eine linke Hochschulgruppe im Studierendenparlament der RWTH vertreten ist. Dort sind wir in erster Linie mit der Bewilligung von Geldern für studentische Initiativen und der Änderungen der konstituierenden Ordnungen der Studierendenschaft beschäftigt.

Dennoch sehen wir uns nicht als rein hoch-



SDS-Gruppe Aachen

schulpolitische Gruppe, sondern als Sprachrohr und Anlaufstelle für alle linken Studierenden. Schließlich machen wir uns keine Illusionen darüber, dass das Studierendenparlament ein kapitalistisches Verwaltungsorgan innerhalb der bestehenden Strukturen darstellt und eine Demokratisierung der Hochschulorgane von Seiten der RWTH nicht gewollt ist.

Außerdem sehen wir uns gerade als Studierende auch in der Pflicht, über den eigenen Tellerand zu schauen, uns fortzubilden und die drängenden allgemeinpolitischen Fragen unserer Zeit zu diskutieren. Dazu haben wir bereits verschiedene Themenwochen und Info-Veranstaltungen organisiert, wie beispielsweise zu den Themen TTIP und Antifaschismus.

Auch auf Demonstrationen linker Bündnisse sind wir regelmäßig vertreten. So sind wir Teil der Antirassistischen Offensive in Aachen und solidarisieren uns unter anderem mit den Streikenden in Sozialberufen.

In nächster Zeit möchten wir uns verstärkt mit dem Syrienkonflikt am Beispiel der Grenzstadt Kobane und der Einführung einer Zivilklausel an der RWTH beschäftigen. Langfristig wollen wir die Hochschule wieder zu einem Ort des politischen Meinungsaustauschs machen und für die Studierenden die Möglichkeit zu einer echten Teilhabe an der Entwicklung der Hochschule erkämpfen.

Innerhalb der Partei DIE LINKE sehen wir uns durch den Bundesverband des SDS gut vertreten. In Aachen sind wir sehr froh über die Unterstützung des Kreisvorstands und die gute Zusammenarbeit mit der Linksjugend ['solid]. Da uns von der RWTH keine Räume für hochschulpolitische Treffen zur Verfügung gestellt werden, sind wir auch sehr dankbar, das Linke Zentrum in der Aachener Augustastraße als Veranstaltungsort nutzen zu dürfen.

In diesem Sinne freuen wir uns auf die zukünftige politische Arbeit und viele weitere gelungene Veranstaltungen und Demonstrationen.

Vanessa Heef



Frühstück für alle! - ... und keiner is(s)t allein

Frühstück im Linken Zentrum Aachen, jeweils am letzten Sonntag des Monats von 10 bis 14 Uhr

In lockerer Atmosphäre können Gespräche mit Gleichgesinnten geführt werden oder es kann im konkreten Austausch mit Kommunal- und Bundespolitikern das Gespräch gesucht werden.

Mieterberatung
jeden Montag von 17:00 bis 19:00 Uhr.
Sozialberatung
jeden Mittwoch von 15:00 bis 17:00 Uhr

Linkes Zentrum Aachen
Augustastraße 69

Mitglied werden. Hier und jetzt!
DIE LINKE.

DIE LINKE.
STÄDTEREGION AACHEN

Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden.

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

einsenden an: DIE LINKE Städteregion Aachen
Augustastraße 69, 52070 Aachen

Adresse

DIE LINKE Städteregion Aachen
Augustastraße 69, 52070 Aachen
E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de
www.dielinke-aachen.de
Tel. 0241-9902531
Fax 0241-9905228

Linkes Zentrum
Augustastraße 69, 52070 Aachen
Tel. 0241-99063820
Öffnungszeiten:
Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

Aktuelle Termine zu Veranstaltungen und Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften können dem Terminplaner entnommen werden unter <http://www.dielinke-aachen.de/termine>

Wer an den Treffen der Arbeitskreise teilnehmen möchte, ist freundlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist. Natürlich wird eine gewisse Nähe zu unseren Positionen vorausgesetzt.

Adressen

**Fraktion DIE LINKE
im Städteregionstag**

Haus der Städteregion: 1. OG, Raum E 188,
Tel.: 0241 / 5198 3305
Zollernstraße 16 | 52070 Aachen
eMail: dielinke-fraktion@staedteregion-
aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Aachen**

Verwaltungsgebäude Katschhof
1. OG, Raum 139 52062 Aachen
Tel.: (0241) 432-7244
Fax: (0241) 41354-17244
eMail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de
www.fraktion-dielinke-aachen.de

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Herzogenrath**

Rathausplatz 1, 1.OG, Raum 105,
Tel.: 02406 / 83121
eMail: fraktion@linke-herzogenrath.de
www.fraktion.dielinke-herzogenrath.com
Postadresse: Fraktion DIE LINKE
Im Rat der Stadt Herzogenrath
Postfach 1280 | 52112 Herzogenrath
Bürgersprechstunde jeden Montag
18:00 bis 19:00 Uhr

Fraktion DIE LINKE

im Rat der Stadt Stolberg
Villa Lynen | Rathausstr. 44 | 52222 Stolberg
1.OG, Raum 104 / 105, Tel.: 02402 / 76683-20
eMail: dielinke.fraktion@stolberg.de
www.dielinke-stolberg.de
Bürgersprechstunde jeden Donnerstag
15:00 bis 17:30 Uhr

DIE LINKE**im Rat der Stadt Würselen**

Yvonne Frey
Rathaus – Morlaixplatz 1 – 52146 Würselen –
Tel.: 02405-67-0 / 02405-4290117
Mail: yvonne.frey1964@t-online.de

Fraktion DIE LINKE

im Rat der Stadt Baesweiler
Rathaus – Mariastraße 2 – 2. OG- Raum 214 –
52499 Baesweiler – Tel.: 02401-800-214
Mail: stadtrat@dielinke-baesweiler.de/
http://www.dielinke-baesweiler.de/

DIE LINKE**im Rat der Stadt Alsdorf**

Oliver Schmidt-Schwan
Rathaus - Hubertusstr. 17 | 52477 Alsdorf
eMail: oliver.schmidt@dielinke-aachen.de
Tel.: 0151 / 23459591

Fraktion DIE LINKE**im Rat der Stadt Eschweiler**

Rathaus - Johannes-Rau-Platz 1 | 52249
Eschweiler | Rathaus, Raum 141
Telefon: 02403/71-509
Fax: 02403/60999-207
E-Mail: fraktion-dielinke@eschweiler.de
Bürgersprechstunde u. Sozialsprechstunde
Montag 16 - 17 Uhr
Dienstag und Donnerstag 15 - 17 Uhr
Freitag 10 - 12 Uhr

LVR-Fraktion DIE LINKE

Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln
Postanschrift: LVR, 50663 Köln
Tel. 0221-809-7666 Fax 0221-809-7663
eMail: die.linke@lvr.de

Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB

Südstraße 53/55, 52064 Aachen
Telefon 0241 / 990 682-50
Telefax 0241 / 990 682-51
E-Mail: andrej.hunko.wk@bundestag.de
www.andrej-hunko.de
Sprechzeiten: Montags 13 bis 15 Uhr,
Donnerstags 17 bis 19 Uhr
und nach Vereinbarung
Sozialsprechstunde Bundestagsbüro Andrej Hunko
Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat ab 17.00 Uhr

Fortsetzung **Baesweiler - eine ganz besondere Stadt**

Für das Innenstadtkonzept und die Umgestaltung des Volksparks wurden von der Bezirksregierung Köln Fördermittel in Höhe von 1,54 Mio. € bewilligt. Dies ist eine immense Summe, die vernünftig und vor allem im Sinne der Baesweiler Bürger eingesetzt werden sollte. Bisher wurde uns jedoch nur ein vages Konzept des Ingenieurbüros DTP aus Essen vorgestellt, welches nicht einmal hier ansässig ist, was eine Zusammenarbeit mit den Bürgern sicher nicht vereinfacht. Wir werden die Bürgerinnen und Bürger somit weiter über Planungen und



Volkspark Baesweiler

Neuigkeiten vor Ort, in unseren Schaukästen und auf unserer Homepage informieren.

Die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Baesweiler beantwortet gern Ihre Fragen und versucht, gemein-



Schaukasten Baesweiler Kirchvorplatz

sam Lösungen zu finden. Aber nehmen Sie auch Ihre Rechte wahr und besuchen Sie die Ausschuss- und Ratssitzungen. In den Letzteren gibt es zudem eine Einwohnerfragestunde. Die Tagesordnung und die Unterlagen finden Sie mittlerweile auch auf der Homepage der Stadt Baesweiler unter dem Punkt "Rat und Verwaltung". Ich freue mich sehr, dass die Stadt diese jetzt einstellt, nachdem DIE LINKE auf ihrer Internetseite mit gutem Beispiel voran gegangen ist. Die Termine der Sitzungen werden leider, trotz unserer Nachfrage immer noch nicht auf der Homepage der Stadt Baesweiler veröffentlicht. Sie finden sie neben anderen Informationen in den Schaukästen unserer Partei auf dem Baesweiler Kirchvorplatz, in Setterich an der Sparkasse und auf unserer Homepage www.dielinke-baesweiler.de

Marika Jungblut,

Vorsitzende der Fraktion
DIE LINKE im Rat der Stadt Baesweiler
und Mitglied im Städteregionstag

Fortsetzung **Nah am Bürger -****Aktiv in der Bezirksvertretung Laurensberg**

Mein Antrag zeigt den Versuch, die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen und deren Distanz zu den Lokalpolitikern zu verringern, auch und gerade räumlich. Leider konnte die Mehrheit der Lokalpolitiker sich dem nicht anschließen.
Vorläufig?

Ich denke Ja.
Bezirksvertreter nah dran am Bürger, klar – Bürger, ob alte, junge oder „neue“ nah dran an der Lokalpolitik, na klar!

Georg Biesing,

Mitglied des Rats der Stadt Aachen und der
Bezirksvertretung Laurensberg



Ihre Meinung ist uns wichtig!

eMail:
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

postalisch
Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Stichwort "Leserbrief"
Haus der Städteregion
Zollernstraße 16
52070 Aachen

